

# Geschichte von unten:

## 2. Der Kapp-Putsch

Bereits 1920 sehen konterrevolutionäre Kräfte in Deutschland die Zeit wieder für gekommen, die Errungenschaften der Novemberrevolution zu beseitigen. Was mit der Niederschlagung der Arbeiter- und Soldatenräte 1919 begonnen hat, sollte 1920 mit der Errichtung einer Militärdiktatur beendet werden. Ultimativ forderte am 10. März 1920 General von Lüttwitz von der Reichsregierung

1. Keine Verringerung der Reichswehr,
2. Waffen und Munition werden nicht an die Entente abgeliefert,
3. Neuwahl der Nationalversammlung und des Reichspräsidenten.

Um diese Forderungen zu bekräftigen marschierte am frühen Morgen des 13. März 1920 die Brigade Erhardt in Berlin ein, deren Auflösung die Weimarer Regierung vergeblich verlangt hatte. Der Einmarsch dieser Freiwilligen-Brigade in Berlin war für die unter Kapp, General-landschaftsdirektor in Ostpreußen, vereinigten Putschisten in ganz Deutschland das Signal zum Losschlagen. Die Hauptdrahtzieher waren neben Kapp die Generale von Ludendorff, von Lüttwitz und der Gründer der nationalen Vereinigung, Hauptmann Pabst, der im Januar 1919 für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verantwortlich war. Kapp erklärte die Nationalversammlung für aufgelöst und die Bauer-Regierung für abgesetzt. Unter dem Vorwand „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“ verweigerten führende Militärs unter General von Seeckt der Reichsregierung die erforderliche Unterstützung.

Gegen die drohende Errichtung einer Militärdiktatur riefen noch am 13. März 1920 die Vorstände aller Gewerkschaften, der USPD, der SPD unter dem Druck der Massen zum Generalstreik auf. Diesem Aufruf schloss sich auch die bis dahin noch abwartende KPD an.



## Auf zum Generalstreik!

**Der Allgemeine Deutsche  
Gewerkschaftsbund (ADGB) ruft am  
13. März 1920 zum Generalstreik auf:**

**An alle Arbeiter, Angestellte und  
Beamte!**

**Männer und Frauen!**

**Die deutsche Republik ist in Gefahr!**

**Der gesamte Arbeiterschutz ist  
bedroht!**

**Für den Inhalt verantwortlich:  
C. Legien – F. Aufhäuser.**

Ausgehend von der in ganz Deutschland einheitlich handelnden Arbeiterklasse entstanden in vielen Orten Aktionsausschüsse und -komitees, Vollzugsräte, Kampfstäbe und Streikleitungen. Einen Höhepunkt erreichte der Generalstreik im bewaffneten Kampf der roten Ruhrarmee.

## ... in Braunschweig

Mit Beginn des Jahres 1920 verstärkten die Kapp-Anhänger auch in Braunschweig ihre Aktivitäten und versuchten, die 1918 erkämpften Freiheiten schrittweise einzuschränken. Am 30. Januar 1920 kommt es in Hannover zu einer Besprechung, zu der auch Heinrich Jasper, Braunschweigischer Staatsminister, geladen ist.

Unter massivem Druck der Militärs stimmte er zu, daß wesentliche demokratische Rechte außer Kraft gesetzt werden.

Ausgehend davon werden:

1. Am 28. Januar 1920 wird der Ausnahmezustand im Freistaat Braunschweig verkündet.
2. Am 2. Februar werden alle Versammlungen, Kundgebungen u.ä. auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.
3. Mit Wirkung vom 2. Februar 1920 wird das Erscheinen neuer Zeitungen und Flugblätter verboten.
4. Am 14. Februar wird in Braunschweig die vollständige Überwachung des Post-, Telefon- und Telegrammverkehrs verfügt.
5. Anfang März wird der noch bestehende Landesarbeiterrat aufgelöst und seine weitere Tätigkeit unterbunden.

Auch militärisch hatten sich in Braunschweig die mit Kapp sympathisierenden Kräfte vorbereitet. Sie konnten sich auf annähernd 4.000 Bewaffnete, bestehend aus Teilen des 20. Infanterieregiments, der Landeseinwohnerwehr und dem Zeitfreiwilligenbataillon stützen. Außerdem unterstanden ihnen die Technische Nothilfe sowie die Sicherheitspolizei.

Wozu dieser für Braunschweiger Verhältnisse gewaltige Unterdrückungsapparat gedacht war, erklärte Oberst Stachow 1930 in seiner Schrift: „Die Vorgänge während des Kapp-Putsches in Braunschweig“, nämlich mit allen Mitteln die Diktatur des Proletariats zu verhindern: „...dies musste am leichtesten gelingen, wenn sich das gesamte übrige Volk zum Widerstand geeint fand.

War dann die Erhebung der Spartakisten niedergeschlagen, musste notwendiger Weise eine Regierung folgen, die sich wesentlich mehr auf rechtsgerichtete Elemente des Volkes stützte“ Stachow ist in dieser Zeit in Braunschweig Sicherheitsbeauftragter und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.

(Hans-Peter Klausch: „Hermann Bode (1911-1944),  
Ein Braunschweiger Stadtverordneter im Kampf gegen Faschismus und Krieg“,  
trafo verlag dr. wolfgang weist.)

Als Oberst Stachow vom Einmarsch der Brigade Erhardt in Berlin am 13. März 1920 Kenntnis erhält, wird von ihm unter dem Vorwand „...spontane Erhebungen der Kommunisten zu verhindern“, die Reichs- und Einwohnerwehr, technische Nothilfe u.a. in Alarmbereitschaft gesetzt. Posten und Wachen an Kasernen und öffentlichen Gebäuden wurden erheblich verstärkt.

### **Arbeitereinheit in Braunschweig**

Fast gleichzeitig mit der Reichswehr erhielten auch die Arbeiterparteien Kenntnis von den Ereignissen in Berlin. In Absprache mit der KPD und SPD fand bereits am 13. März 1920 um 15 Uhr eine Versammlung der USPD in Braunschweig statt. Im „Konzerthaus“ sprachen neben Sepp Örtter für die KPD hier Robert Gehrke. Sie und weitere Sprecher forderten zum entschiedenen und gemeinsamen Kampf gegen die drohende Militärdiktatur. Nach ausgiebiger Diskussion zur Abwehr der drohenden Gefahr wurden der Braunschweiger Regierung folgende Forderungen übermittelt:

1. *Entwaffnung der Einwohnerwehr*
2. *Bewaffnung der Arbeiterschaft*
3. *Freilassung der politischen Gefangenen*

Die Braunschweiger Regierung gab eine ablehnende und hinhaltende Antwort. Lediglich eine „Überprüfung“ von Fall zu Fall wurde zugesichert. Als diese Haltung der Braunschweiger Regierung bekannt wurde, kam es auf Drängen der KPD in der Nacht zum 13. März 1920 zu Verhandlungen über weitere zu ergreifende Maßnahmen.

### **USPD, KPD, SPD – Aufruf zum Generalstreik**

Zunächst war die Haltung einiger Funktionäre der SPD noch zögernd.

Als jedoch am 14.3.1920 in Braunschweig ein von Otto Wels unterzeichneter Aufruf bekannt wird kam es zur Bildung einer Streikleitung und einem Aufruf an die Arbeiterschaft.

## **Generalstreik**

Dieser setzte wie beschlossen am 15. März 1920 mit voller Wucht ein. Es erschienen keine Zeitungen, öffentliche Verkehrsmittel hatten im Lande Braunschweig ihren Betrieb eingestellt. Das Gas-, Wasser-, und Elektrizitätswerk wurden stillgelegt. Auch Lebensmittelbetriebe arbeiteten zunächst nicht, wurden später in beschränktem Umfang wieder aufgenommen. Erst Versuche der Regierung und der Reichswehr, diese Betriebe der technischen Nothilfe zu unterstellen, scheiterten am entschlossenen Kampf der Arbeiterschaft in Braunschweig bis Ende des Generalstreiks.

### **Aufruf aller Arbeiterparteien Braunschweigs zum Generalstreik:**

14. März 1920

**An die revolutionäre Arbeiterschaft! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!**

**Der Putsch der Offiziere und Monarchisten ist Wirklichkeit geworden. Die bisherige Regierung ist beseitigt. General Lüttwitz, der Würger der Arbeiterbewegung, ist der militärische Diktator Deutschlands.**

**Männer und Frauen, es gilt den Kampf um die Freiheit, gilt den Kampf für den revolutionären Sozialismus! Gegen die Militärdiktatur! Gegen den weißen Schrecken! Gegen die Wiederherstellung der Monarchie!**

**Tretet in geschlossener und einiger Kampffront in den Generalstreik !  
Vereinigt Euch zur Verteidigung Eurer Rechte !  
Nieder mit der Militärdiktatur !**

**Nieder mit der Reaktion der Offiziere und Monarchisten !**

**Morgen, Montag, vormittags 10 Uhr, im Konzerthaus:**

**Öffentliche Versammlung. Keiner darf in den Betrieb gehen!**

## **Die Versammlung am 15. März 1920, 10 Uhr, Leonhardplatz**

Während einer Kundgebung, an der mehr als 10.000 Braunschweiger teilnahmen, wurden Forderungen auf Bewaffnung der Arbeiterschaft, Entwaffnung der Einwohnerwehr und Entlassung der politischen Gefangenen bekräftigt.

Die große Bereitschaft der Arbeiterschaft in Braunschweig, den Kapp-Putschisten den Weg zu verlegen, wurde durch zahlreiche Aktionen bekräftigt. Im Anschluß an die Kundgebung auf dem Leonhardplatz wird auf der Fallersleberstraße ein Kommando der Einwohnerwehr von etwa 150 Kundgebungsteilnehmern umringt. 20 Gewehre landen in den Händen der Arbeiter. Auch kleine Gruppen von Reichswehr werden im Stadtgebiet entwaffnet.

Die Kundgebung auf dem Leonhardplatz war diszipliniert und ruhig verlaufen. Angesichts der großen Zustimmung, mit der die Arbeiterschaft in Braunschweig den Streik gegen Kapp unterstützte, wagten weder Reichs- noch Einwohnerwehr das Verbot der Kundgebung durchzusetzen.

Erst in den folgenden Tagen versuchte die Reaktion Demonstrationen und Kundgebungen zu verhindern. In der Wahl der Mittel war man dabei nicht zimperlich. Reichwehrtruppen erschienen im Stadtgebiet, um auf Plakaten Verbots- und Strafandrohungen anzukündigen.

Als trotz Protestes seitens der Streikleitung die Reichswehr nicht von den Straßen zurückgezogen wird, gibt es die ersten Schüsse. Der 17 Jahre alte Tischler Karl Hillger war das erste Opfer der Reichswehr in diesen Tagen. 13 Arbeiter werden verwundet in die Krankenhäuser eingeliefert. Diese offensichtliche Provokation beantwortet die Arbeiterschaft mit der verstärkten Entwaffnung einzelner Kommandos.

Am 3. Tage des Generalstreiks, am 16. März 1920, stirbt die 60 Jahre alte Dorette Schmidt, Madamenweg 15, nachdem die Reichswehr erneut rücksichtslos in die Menge schießt.

Unter Eindruck dieser sich ständig verschärfenden Überfälle auf die Arbeiterschaft wird in den überfüllten Streikversammlungen am 16. und 17. März 1920 die Braunschweiger Regierung ultimatim aufgefodert:

1. Die Zurückziehung des Militärs zu veranlassen
2. Die Bewachung der Straßen Ordnern aus der Arbeiterschaft zu überlassen
3. sofort zurückzutreten.

Die Antwort der Regierung war hinhaltend. Das Militär zog sich auf taktische Punkte zurück, forderte, die Ordner hätten sich der Polizei zu unterstellen und der Rücktritt der Regierung erfolge, wenn der Landtag ihr das Misstrauen ausspricht.

### Ende des Generalstreiks

Nachdem in Braunschweig am 17.3. bekannt wird, daß Kapp geflohen ist, hat die Streikleitung diese neue Situation beraten und nach langer Diskussion beschlossen, den Streik abubrechen. Dieser Beschluß wurde gefasst ohne geringste Garantien für die Anerkennung der Forderungen, die die Arbeiterschaft in diesen Tagen erhoben hat. Lediglich die Vertreter der KPD verlangten, gestützt auf die große Bereitschaft der Arbeiterschaft, die Fortsetzung des Streiks.

Als dieser Beschluß in drei überfüllten Versammlungen am 17. März 1920 im „Keglerheim“, „Hofjäger“ und „Konzerthaus“ zusammen mit der Antwort der Regierung bekanntgegeben wird, sind die Versammelten empört. In Worten hat die USPD zwar die Forderungen der Arbeiterschaft vertreten, unter dem Einfluss von Sepp Oerter jedoch diesem gegen die einheitliche Streikfront gerichteten Beschluß zugestimmt.

**Achtung! Achtung!**  
Lesen, weitergeben!

*Arbeiter! Arbeiterinnen!*

**Der Generalstreik wird mit aller Wucht weitergeführt!**

Die Reaktion ist noch nicht besiegt: Sie lauert nur auf den Moment, erneut loszuschlagen. Schon hören wir überall den Sammelruf: Kampf gegen links!

**Keine Hand darf sich rühren,**  
bevor der fäulenzenden Bourgeoisie und ihren Militärs die Waffen und damit die Macht genommen ist.

**Heraus aus den Betrieben!**

Hinein in den Kampf! Durch Kampf zum Sieg!

Die Streikleitung.

Ein Flugblatt der Streikleitung in Braunschweig, die nach Ende des Generalstreiks tätig war. Die Reichswehr versuchte vergeblich seine Verbreitung zu verhindern.

Die Teilnehmer einer Kundgebung im „Konzerthaus“ am 21. März lehnten es ab, den Streik abubrechen, bevor nicht die Interessen der Arbeiterschaft gesichert sind. Bis zum 25. März 1920 setzten große Teile der Arbeiterschaft den Streik fort.

In einer großen Streikversammlung stimmten 5.000 bis 6.000 Anwesende einmütig für die Fortsetzung des Streiks bis zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft - während bereits über die Hälfte der Braunschweiger Arbeiterschaft wieder in die Betriebe ging.

„Die Freiheit“, Organ der Unabhängigen sozialdemokr. Partei des Freistaates Braunschweig, schreibt am 20. März 1920 u.a.:

## „Heraus mit den politischen Gefangenen!

Die Reaktion ist nicht tot! Was jedem Einsichtigen schon längst klar war, ist eingetroffen: Die Reaktion hat ihr Haupt erhoben. Im verblendeten Kampfe gegen links hatte man alle reaktionären Mächte gestärkt, bis sie sich stark genug glaubten, (...)“ Erreicht ist eine Abwehr der reaktionären Offizierskaste, die sich Deutschland zur Beute ausersehen hatte. Der Kapitalismus, der wie ein Vampyr am Mark des Volkes saugt, lebt und speist die Reaktion mit der vom Volk erpressten Beute.

„Die Reaktion ist nicht tot. Sie ist lebendig. Geduckt ein wenig. Aber sprungbereit! Denn die Reaktion lebt, solange der Kapitalismus lebt! (...) Wenn sich dessen die Arbeiter bewusst werden, dann werden sie, über alles hinwegsehend zusammenstehen(...)

### Kein zurück!

Die Arbeiterschaft beschloß in Massenversammlungen einmütig, den Streik nicht abubrechen, bevor nicht sämtliche politischen Gefangenen freigegeben sind und bevor nicht der Zentralvorstand, der zum Generalstreik aufgefordert hat, eine neue Parole ausgibt.“

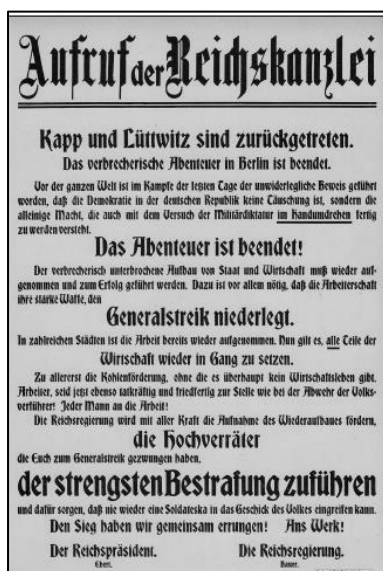
## Verstärkte Unterdrückung

Bereits während des Generalstreiks hatte die Reichswehrbrigade 10 in ihrem Bereich die Formierung der Arbeiterschaft zu verhindern versucht. Die Post wird überwacht, die Zeitungen der SPD und USPD, „Volksfreund“ und „Die Freiheit“ werden durchsucht, Flugblätter beschlagnahmt, Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Streikleitung der USPD und KPD finden statt.

Vorübergehend werden von der Reichswehr einige Funktionäre der Arbeiterparteien festgenommen, jedoch nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Insgesamt wurden hier 18 Personen festgenommen, von denen vermutlich einige zu dieser Streikleitung gehörten. Text eines Flugblattes, das während des Kapp-Putsches in Braunschweig an die Reichswehr verteilt wird:

### „Proletarier im Waffenrock

*Die gesamte Arbeiterschaft steht im Kampf gegen die Reaktion! Die Stunde der Befreiung naht! Erhebt nicht die Waffen gegen Eure Brüder, die für Eure eigene Befreiung mit kämpfen! Schließt Euch Euren Brüdern an! Denkt daran, daß Ihr Proletarier seid und unser Los in späteren Jahren auch das Eure wird“.*



## Anmerkung zur strengsten Bestrafung:

775 Offiziere waren am Kapp-Putsch beteiligt, davon gab es:

486 Verfahrenseinstellungen  
91 Beurlaubungen  
57 Versetzungen  
48 Dienstenthebungen  
13 disziplinare Erledigungen  
74 x (bis 1923) keine Entscheidung  
6 Verabschiedungen  
= 775

**Gesamtstrafe: 5 Jahre**

Quelle: Regionale Gewerkschaftsblätter, Heft 36:  
Der Kapp-Putsch 1920, Ein Lesebuch über Ereignisse in  
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Maßgeblich am Kapp-Putsch beteiligt waren „heimatlos“ gewordene Militärs, Monarchisten und andere reaktionäre Kräfte, die sich auf der Seite des Kapp-Putsches wieder organisiert hatten und auch in Braunschweig aktiv geworden waren.

Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch kennzeichnet das Ende der Novemberrevolution, deren Errungenschaften zurückgedreht werden sollten. In ihm erstarkten faschistische Kräfte - der verhängnisvolle Weg, der 13 Jahre später zum Ende der Republik und in den Faschismus führte, begann.